

Der Rücktritt des nepalesischen Premierministers Oli inmitten massiver Proteste junger Menschen hat für die Bevölkerung Nepals und die einst vereinte Linke viele Fragen aufgeworfen. Während viele den Aufstand lediglich als Reaktion auf ein Verbot sozialer Medien sehen, liegen die Ursachen viel tiefer. Von **Atul Chandra und Pramesh Pokharel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/250912_Der_Aufstand_der_Generation_Z_in_Nepal_dreht_sich_um_Arbeitsplaetze_Wuerde_und_ein_gescheitertes_Entwicklungsmodell_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Kathmandu ist nicht wegen „Apps“ in Aufruhr, sondern weil eine Generation, die mit dem Versprechen von Demokratie und Mobilität aufgewachsen ist, mit einer Wirtschaft und einer politischen Ordnung zusammenstößt, die ihr alle Türen verschließt.

Der unmittelbare Auslöser war ordnungspolitischer Natur: Die Regierung ordnete an, dass sich 26 große Social-Media-Plattformen vor Ort registrieren müssen, und begann, diejenigen zu sperren, die als nicht regelkonform galten, darunter *Facebook, YouTube, Instagram, WhatsApp, X* und andere.

Menschenmengen strömten zum Parlament; die Polizei setzte Tränengas, Gummigeschosse und an manchen Stellen auch scharfe Munition ein. Bis zum späten Abend des 9. September wurden mindestens 19 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt. Unter diesem Druck hob die Regierung das Verbot der Sozialen Medien auf und Premierminister Khadga Prasad Sharma Oli von der Kommunistischen Partei - Vereinigte Marxisten-Leninisten (CPN-UML) trat zurück.

Das Verbot war der Funke, der Zündstoff die wirtschaftliche Situation

Es ist verlockend - vor allem von weit weg -, dies als einen Konflikt um digitale Freiheiten darzustellen. Das wäre jedoch analytisch dünn. Für die nepalesische Generation Z sind diese Plattformen nicht nur Unterhaltung. Sie sind Jobportale, Nachrichtenkanäle, Organisationswerkzeuge und soziale Lebensadern. Sie zu sperren - nach Jahren wirtschaftlicher Talfahrt -, fühlte sich wie eine kollektive Bestrafung an.

Die tiefere Geschichte ist jedoch struktureller Natur: Das Wachstum Nepals wurde mehr

durch Rücküberweisungen gestützt als durch inländische Investitionen, die würdige Arbeitsplätze schaffen könnten.

Im Haushaltsjahr 2024/25 stellte das Ministerium für Auslandsbeschäftigung 839.266 Ausreisegenehmigungen zur Arbeitsaufnahme aus - eine enorme Abwanderungsrate für ein Land mit etwa 30 Millionen Einwohnern. Die Rücküberweisungen beliefen sich 2024 auf etwa 33 Prozent des BIP, eine der höchsten Quoten weltweit.

Diese Zahlen sprechen vom Überleben, nicht von sozialem Fortschritt. Sie sind eine Art Volksabstimmung über ein Modell, das seine Jugend in Niedriglohnverträge „exportiert“, während es Grundbedarfsgüter importiert. Dieses Modell ist eher von Patronage als von Produktivität geprägt.

Das ist der Grund, warum das Verbot so schnell zu einer Explosion führte. Mit der bereits hohen Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen von 20,82 Prozent im Jahr 2024, Ministerwechseln als Normalität und Korruptionsskandalen am laufenden Band wirkten Versuche, die digitalen Gemeingüter zu kontrollieren, weniger wie „Ordnung“ als vielmehr wie Demütigung.

Die Form der Bewegung - schnell, horizontal, klassenübergreifend - erinnerte an die von Studenten angeführten Mobilisierungen in Bangladesch und die Aragalaya-Bewegung in Sri Lanka: Schüler und Studenten, arbeitslose Schul- und Hochschulabsolventen, Gig- und informelle Arbeiter sowie eine breitere, desillusionierte Öffentlichkeit schlossen sich zu einem gemeinsamen Urteil über Missstände zusammen.

Fakten vor Ort: Opfer, Ausgangssperren und Rückzieher

Der Ablauf der Ereignisse ist eindeutig. Eine weitreichende Anweisung zur Registrierung und eine Entscheidung für Sperrungen lösten Proteste aus. Die Sicherheitskräfte reagierten mit eskalierender Gewalt. Bis Montagabend gab es 19 Tote und Hunderte Verletzte. Ausgangssperren und Versammlungsverbote wurden verhängt. Der Innenminister trat zurück. Eine Krisensitzung des Kabinetts hob die Sperrungen auf. Am Dienstag trat Oli zurück.

Wichtig ist, dass die Unzufriedenheit nie nur „digital“ war. Die Protestschilder und Sprechchöre konzentrierten sich auf Korruption, die Straffreiheit der Elite und das Fehlen einer glaubwürdigen Entwicklungsperspektive. Amnesty International forderte die unabhängige Untersuchung eines möglichen rechtswidrigen Einsatzes tödlicher Gewalt - ein weiterer Grund, warum sich der Aufstand von einem Streit um digitale Plattformen zu

einer Legitimitätskrise verschärfte.

Migration als stilles Plebiszit

Wenn es einen Indikator gibt, der die Stimmung der Generation erklärt, dann sind es die Ausreisegenehmigungen zur Arbeitsaufnahme. Die 839.266 Genehmigungen, die im Haushaltsjahr 2024/25 ausgestellt wurden (ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr), bedeuten, dass in der Spitze täglich Tausende das Land verlassen. Das sind keine Touristen, sondern genau die Gruppe, die jetzt auf den Straßen protestiert.

Ihre Rücküberweisungen – etwa 33 Prozent des BIP – halten die Haushalte über Wasser und bezahlen die Importrechnung, aber sie verdecken auch den Mangel an struktureller Transformation in der Wirtschaft des Landes. In einem System, das seine ausgebildete Jugend nicht in stabile, wertschöpfende Arbeit integrieren kann, wird der öffentliche Raum – online und offline – zum einzigen Ort, an dem Würde geltend gemacht werden kann. Der Versuch, diesen Raum in Zeiten der Knappheit zu schließen, musste eine Explosion auslösen.

Eine selbstverschuldete Wunde für Nepals Linke

Nach dem vierjährigen Extended-Credit-Facility-Programm des IWF für Nepal stand die Regierung unter Druck, die inländischen Einnahmen zu steigern. Dies führte zu einer neuen Steuer auf digitale Dienstleistungen und strengeren Mehrwertsteuerregeln für ausländische E-Dienstleister. Als große Plattformen sich weigerten, sich zu registrieren, eskalierte der Staat, indem er sie sperrte.

Diese Maßnahme, die als Versuch zur Durchsetzung der Steuerpflicht begann, wurde schnell zu einem Instrument der digitalen Kontrolle und geschah, als die Bevölkerung bereits mit steigenden Kraftstoffpreisen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die durch die im Rahmen des IWF-Programms vorangetriebene Haushaltskonsolidierung entstanden waren.

Das von der Regierung verhängte Plattformverbot war der letzte Auslöser für breite Proteste gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und mangelnde Chancen. Dies macht deutlich, dass es bei den Unruhen weniger um eine „Farbrevolution“ ging, sondern vielmehr um materielle Missstände, die durch Austeritätsmaßnahmen befeuert wurden.

Dass die Repression und ihr politisches Finale unter einem Premierminister der Kommunistischen Partei Nepals (Vereinigte Marxisten-Leninisten) stattfanden, macht dies

zu einer strategischen Tragödie für die Linke des Landes. Jahre der Spaltungen zwischen den Fraktionen, opportunistische Koalitionen und politische Kurswechsel hatten ihre Glaubwürdigkeit bei den jungen Menschen bereits untergraben.

Wenn eine linksgerichtete Regierung den zivilgesellschaftlichen Raum einschränkt, anstatt materielle Chancen zu erweitern, überlässt sie das moralische Terrain Akteuren, die vom Anti-Partei-Zynismus profitieren, und einer Politik des Personenkults und einer wiedererstarkten monarchistischen Rechten. Letztere hat sich in diesem Jahr sichtbar mobilisiert. Nach dem Rücktritt von Oli wird sie versuchen, sich als Garantin der „Ordnung“ zu präsentieren – auch wenn ihre wirtschaftlichen Visionen nach wie vor dürftig und rückständig sind.

Das ist die Gefahr: Gerade die Kräfte, die einer egalitären Transformation am feindlichsten gegenüberstehen, können aus einer Misswirtschaft der Linken Kapital schlagen, um ihren Wirkungskreis zu vergrößern.

Aus einer antiimperialistischen Perspektive – die sich gegen die Privilegien des Nordens wendet, aber auf einer nüchternen Analyse besteht – ist die Krise ein klassisches Beispiel für Abhängigkeit ohne Entwicklung.

Rücküberweisungen stützen den Konsum ab, verfestigen jedoch die Abhängigkeit vom Ausland. Von Kreditgebern vorangetriebene Anpassungen der Regierungsführung bringen selten eine industriepolitische Ausrichtung, die die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Vordergrund stellt. Und beschaffungsintensive öffentliche Ausgaben fördern eher Rentenkreisläufe als die Produktionskapazitäten. In einer solchen Ordnung ist der Staat geneigt, eher die Sichtbarkeit zu kontrollieren, anstatt die Bedingungen zu transformieren.

Deshalb wurde der Versuch, digitale Plattformen durch Abschaltung zu regulieren, statt durch die Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Verfahrens und einer engen Auslegung, als Bemühung interpretiert, Dissens einzudämmen, nicht aber, Probleme zu lösen.

Was uns die Signale der Opposition sagen (und was nicht)

Die Opposition erkannte die Dimension früher als die Regierung. [Ex-Premierminister] Pushpa Kamal Dahal (Prachanda) drückte sein Beileid aus, forderte Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und rief dazu auf, „Sanktionen gegen soziale Netzwerke“ aufzuheben.

Die Stellungnahmen der Kommunistischen Parteien CPN-US (Vereinte Sozialisten) und

CPN-MC (Maoistisches Zentrum) verurteilten die Unterdrückung, forderten eine unparteiische Untersuchung und brachten digitale Einschränkungen mit Versäumnissen in den Bereichen Beschäftigung und Regierungsführung in Verbindung.

Diese Reaktionen sind analytisch von Bedeutung, da sie zeigen, dass selbst innerhalb der Mainstream-Politik anerkannt wird, dass es bei der Krise um Existenzgrundlagen und Legitimität geht und nicht nur um Recht und Ordnung.

Diese Signale offenbaren jedoch auch die missliche Lage der Linken: Wenn ihre führenden Persönlichkeiten nur auf einen Jugendaufstand reagieren können, anstatt eine Entwicklungsperspektive aufzuzeigen, die diesen verhindert hätte, dann wird die Arena von Anti-Establishment und royalistischen Strömungen dominiert, die behaupten, schneller für Ordnung sorgen zu können – selbst auf Kosten des demokratischen Raums.

Resümee

Diese Proteste in Nepal begannen, weil eine Regierung versuchte, durch die Schließung des öffentlichen Raumes regulierend einzugreifen. Sie explodierten, weil dieser öffentliche Raum der Ort ist, an dem eine prekäre Generation nach Arbeit, Gemeinschaft und einer Stimme sucht, weil es zu Hause keine Möglichkeit gibt.

Ein vollständiges Resümee muss daher sowohl die menschlichen Opfer – 19 Tote und Hunderte Verletzte – als auch die strukturellen Opfer berücksichtigen: Hunderttausende, die jedes Jahr zur Auswanderung gezwungen sind, und Rücküberweisungen, die den Konsum stützen und gleichzeitig den Wandel hinauszögern.

Mit dem Rücktritt von Oli und der Aufhebung des Verbots mag die unmittelbare Konfrontation zurückgehen, aber das Urteil der Generation Z nicht. Bis Nepal die Selbstzufriedenheit mit Rücküberweisungen und Koalitionsarithmetik durch ein Entwicklungsmodell ersetzt, das die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Vordergrund stellt, werden die Straßen der glaubwürdigste Ort der Rechenschaftslegung bleiben.

Der Beitrag ist auf Englisch bei [Peoples Dispatch](#) erschienen und wurde von Marta Andujo übersetzt.

Über die Autoren:

Atul Chandra ist Forscher am Tricontinental: Institute for Social Research. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Geopolitik in Asien, linke und progressive Bewegungen in der Region sowie Kämpfe im Globalen Süden.

Pramesh Pokharel ist Politologe und Dozent für Anthropologie an der Tribhuvan-Universität. Er ist Mitglied des Zentralkomitees der CPN-US und Generalsekretär des nepalesischen Bauernverbandes.

Titelbild: Pratisha Manandhar / Shutterstock

Mehr zum Thema:

[Das Fanal von Bandung](#)

[Der Globale Süden gegen Waffenlieferungen an Israel](#)

[Alternative zu WTO und Weltbank? China und Länder des „Globalen Südens“
initiiieren neues Forum für internationale Streitbeilegung](#)

[Die multilaterale Weltordnung ist im Entstehen begriffen](#)

